

**HESSISCHER LANDTAG**

06.11.2007

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen**Änderungsantrag****der Fraktion der CDU****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)****Drucksache 16/7746**Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 04 Ordentliche Gerichte
Buchungskreis: 2410

Produktnummer lt. Leistungsplan 5

Bezeichnung lt. Leistungsplan Rechtsprechungspotential Amtsgericht - Rechtspfleger

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Leistungsplan:

Menge	633	+10	643
--------------	-----	-----	-----

Beträge in 1.000 EUR

Gesamtkosten	131.411,0	+410,0	131.821,0
Produktabgeltung	131.411,0	+410,0	131.821,0

Erfolgsplan:**Beträge in EUR**

Pos. lt. Erfolgsplan	Bezeichnung	von	um	auf
1-4	Betriebsertrag	482.789.200	+410.000	483.199.200
6	- Bezüge	163.157.300	+410.000	163.567.300

Kameraler Haushalt:**Beträge in EUR**

Ausgaben				
Hauptgruppe	Titel 422	162.882.000	+410.000	163.292.000

Plan-/Stellenveränderungen:

Neue Plan-/Stellen Weggefallene Plan-/stellen	von	um	auf
Bes.Gr. A 12 Amtsrat/ rätin	198,0	+3,0	201,0
Bes.Gr. A 11 Justizamtmann/ amtfrau	323,0	+4,0	327,0
Bes.Gr. A 10 Justizoberinspektor/in	182,0	+1,0	183,0
Bes.Gr. A 9 g.D. Justizinspektorin	60,5	+2,0	62,5

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der Rechtspflegerdienst ist in Hessen hoch belastet. Dies bedeutet, dass Registersachen in einigen Fällen nicht so schnell, wie es eigentlich möglich wäre, bearbeitet werden. Die schnelle Bearbeitung von Grundbuch- und Handelsregistereinträgen wirkt sich positiv auf den Standort Hessen aus. Sie hat eine gute Wirkung auf mögliche Investoren.

Die Einrichtung einer Task Force unterstützt dieses Ziel. Sie ist ein wichtiges Signal für den Beitrag der Justiz für gute Standortbedingungen. Der Vorteil der Task Force liegt in dem flexiblen Personaleinsatz. Mit Hilfe der Task Force kann auf Ausfälle zum Beispiel aufgrund von Erkrankungen schnell reagiert werden. Gleichzeitig können besondere Belastungsspitzen abgefangen werden. Die Rechtspfleger der Task Force sollen hessenweit eingesetzt werden.

Die Task Force bei Rechtspflegern folgt der in diesem Jahr eingerichteten Task Force für den richterlichen Dienst. Die Erfahrungen mit der Task Force für Richter sind bislang sehr positiv. Die Schaffung einer Paralleleinheit für Rechtspfleger zeigt, dass Hessen eine gute Personalausstattung des richterlichen Dienstes und des nicht-richterlichen Bereiches gleichermaßen gewährleistet.

Wiesbaden, 5. November 2007

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende
Dr. Christean Wagner (Lahntal)